



**Regionalstelle Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft und Bodenschutz
Neustadt/Wstr.**

MERKBLATT BAUARBEITEN IM WASSERSCHUTZGEBIET

AUGUST 2023

Grundsätzlich sind die Bestimmungen der Rechtsverordnung für das jeweilige Wasserschutzgebiet zu beachten. Die Lage und die Rechtsverordnungen der Wasserschutzgebiete sind unter www.geoportal-wasser.rlp.de veröffentlicht.

Für Befreiungen von den Verboten der Schutzgebietsverordnung (Ausnahmegenehmigung) ist die Regionalstelle Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft und Bodenschutz in Neustadt an der Weinstraße zuständig. Der Umfang der Antragsunterlagen ist mit der Regionalstelle abzustimmen.

Folgende Punkte sind bei Arbeiten im Wasserschutzgebiet zu beachten:

1. Der Beginn der Bauarbeiten ist 10 Tage vor Aufnahme der Arbeiten der Regionalstelle und dem Wasserversorgungsunternehmen (WVU) mitzuteilen.
2. Die in den Wasserschutzgebieten nicht vermeidbaren Eingriffe in die schützenden Deckschichten, wie z.B. Abräumen von Oberboden oder Ausschachtungsarbeiten, sind auf das absolut notwendige Mindestmaß zu beschränken und in kürzest möglicher Zeit zu beenden. Die ursprünglichen Deckschichten sind unverzüglich wiederherzustellen oder durch bindiges unbelastetes Bodenmaterial zu ersetzen. Diese Arbeiten sollen nur bei Trockenwetter ausgeführt werden.
3. Die zum Einsatz kommenden Bau- und Bauhilfsstoffe dürfen nicht wassergefährdend sein. Die Regeln der Ersatzbaustoffverordnung (EBV) sind in ihrer jeweils aktuellen Ausgabe zu beachten.
4. Erdarbeiten, durch die das Grundwasser dauernd oder längere Zeit ungeschützt freigelegt wird, sind verboten.
5. Fahrzeuge und Baumaschinen sind gegen Kraftstoff- und Ölverluste zu sichern, elektrisch angetriebenen Baumaschinen sind solchen mit Verbrennungsmotoren vorzuziehen.
6. Die Betriebs- und Hydrauliksysteme der zum Einsatz kommenden Baumaschinen sind vor Beginn der Arbeiten auf ihre Dichtheit zu überprüfen und zu protokollieren.
7. Reparaturen, Wartungsarbeiten und Betankungen der Baumaschinen haben außerhalb des Wasserschutzgebietes zu erfolgen. Ist dies aus verschiedenen Gründen nicht möglich, sind Sicherheitsvorkehrungen zu treffen, die ein Aus- bzw. Überlaufen des Kraftstoffes ins Erdreich verhindern (Folien, Wannen etc...).

8. Als Sofortmaßnahme bei Unfällen sind geeignete Ölbindemittel vorzuhalten.
9. Baumaschinen dürfen über Nacht oder übers Wochenende im Wasserschutzgebiet nur auf befestigten und regelgerecht entwässerten Flächen abgestellt werden. Besteht hierzu nicht die Möglichkeit, sind entsprechende Schutzvorkehrungen zu treffen (siehe auch Punkt 7).
10. Anfallendes Schmutz- und Abwasser ist schadlos zu entsorgen. Versickerung ist nicht gestattet.
11. Die ausführende Firma ist vor Beginn der Arbeiten durch die verantwortliche Bauleitung einzuweisen und über die besonderen Maßnahmen und Auflagen zum Schutz der Wassergewinnung zu unterrichten. Die erfolgte Einweisung ist im Bautagebuch einzutragen. Dieses ist bei Bedarf der SGD Süd vorzulegen.
12. Betriebsstörungen und sonstige Vorkommnisse sind der Regionalstelle und dem Wasserversorger unverzüglich mitzuteilen. Die Fertigstellung der Baumaßnahme ist der SGD Süd schriftlich anzuzeigen.



Regionalstelle SGD Süd

Struktur- und Genehmigungsdirektion Süd
Abteilung 3 - Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft, Bodenschutz
Friedrich-Ebert-Straße 14
67433 Neustadt an der Weinstraße

Telefon..... 06321 99-0

Wasserversorger Stadtwerke Neustadt an der Weinstraße GmbH

Schlachthofstraße 60
67433 Neustadt an der Weinstraße

Telefon (24h-Notruf)..... 06321 402-0

Stadt Neustadt
Umweltamt
Karl-Helfferich-Straße 2
67433 Neustadt an der Weinstraße

Telefon..... 06321 855-1240

Feuerwehr

Notruf 112

Polizei

Notruf 110

Anschrift der Geschäftsstelle am Sitz des Landtags: -

Sonstiges:

Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord

1015.

**Bekanntmachung
der Struktur- und
Genehmigungsdirektion Nord,
Stresemannstraße 3 - 5, 56068 Koblenz**
(Antragsteller: Steil Entsorgung GmbH,
54292 Trier)

1. Die Steil Entsorgung GmbH, Metternichstraße 45, 54292 Trier, beantragt die Genehmigung gemäß §§ 4, 16 i. V. m. § 10 Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) zur Errichtung und zum Betrieb einer Anlage zur sonstigen Behandlung von gefährlichen Abfällen mit einer Durchsatzkapazität von 10 Tonnen oder mehr je Tag sowie zur Änderung der Anlage zur zeitweiligen Lagerung von gefährlichen Abfällen mit einer Gesamtlagerkapazität von 50 Tonnen oder mehr (hier: Errichtung und Betrieb einer Anlage zur zeitweiligen Lagerung und Behandlung von Altholz A IV). Die Anlagen befinden sich auf dem Betriebsgelände, Alte Röhlerstraße 17, 54634 Bitburg. Das Betriebsgelände umfasst die Grundstücke Gemarkung Mötsch Flur 4, Flurstücke Nr. 34/2 und 34/3.

Die geplanten Tätigkeiten finden innerhalb der sog. Phase 1 statt. Dabei handelt es sich um eine bestehende große Flugdachhalle, die zwischen zwei Rundbogenhangars errichtet wurde.

Hier befindet sich bereits eine Fläche für den Material-Input und Output sowie ein mobiler Zerkleinerer für die Zerkleinerung für Sperrmüll und gemischte Bau- und Abbruchabfälle auf eine konstante Kornstufe.

Für die geplante Behandlung von Altholz A IV werden die bereits vorhandenen und genehmigten Aggregate genutzt.

Die Anlage soll voraussichtlich im Juni 2022 in Betrieb genommen werden.

Hierfür ist gemäß §§ 4 Abs. 1, 16 und 10 BImSchG in Verbindung mit § 2 Abs. 1 Nr. 1 der Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen (4. BImSchV) und Nr. 8.11.2.1 und Nr. 8.12.1.1 des Anhangs 1 der 4. BImSchV die Durchführung eines förmlichen Genehmigungsverfahrens erforderlich. Die Einzelheiten über den Ablauf des Genehmigungsverfahrens ergeben sich insbesondere aus den §§ 8 ff der Verordnung über das Genehmigungsverfahren (9. BImSchV) sowie vorliegend davon abweichend aus dem Gesetz zur Sicherstellung ordnungsgemäßer Planungs- und Genehmigungsverfahren während der COVID-19-Pandemie (PlanSiG).

Für die Durchführung des Verfahrens ist nach § 1 Abs. 1 und Nr. 1.1.1 der Anlage zu § 1 der Landesverordnung über Zuständigkeiten auf dem Gebiet des Immissionsschutzes (ImSchZuVO) in Verbindung mit § 1 Abs. 1 des Landesverwaltungsverfahrensgesetzes (LVwVfG) und § 3 Abs. 1 Nr. 1 und 2 des Verwaltungsverfahrensgesetzes (VwVfG) die Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord

zuständig.

2. Näheres über Art und Umfang der Anlage sowie deren Auswirkungen auf die Nachbarschaft und die Allgemeinheit und Empfehlungen zur Begrenzung dieser Auswirkungen können den Antrags- und Planunterlagen zum Genehmigungsverfahren mit dem Aktenzeichen: 314-23-232-1/1996-36 entnommen werden, die vom 22. März 2022 bis 21. April 2022 zur Einsichtnahme (jeweils einschließlich) auf der Internetseite der SGD Nord unter nachfolgendem Link zugänglich sind.
<https://sgdnord.rlp.de/de/ueber-uns/abteilungen-und-ihre-aufgaben/bekanntmachungen/>

In begründeten Fällen können die Unterlagen durch Übersendung zur Verfügung gestellt werden.

3. Jeder kann bis einen Monat nach Ablauf der o. g. Auslegungsfrist schriftlich oder elektronisch Einwendungen bei der Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord, Stresemannstraße 3 - 5, 56068 Koblenz, erheben.

Diese Einwendungen müssen also **bis spätestens 23. Mai 2022** (einschließlich) erhoben werden. Das Datum des Eingangs ist maßgebend.

Mit Ablauf der Einwendungsfrist sind alle Einwendungen ausgeschlossen, die nicht auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen.

4. Nach Ablauf der Einwendungsfrist entscheidet die Genehmigungsbehörde nach pflichtgemäßem Ermessen, ob ein Erörterungstermin, in welchem die rechtzeitig erhobenen Einwendungen mit dem Antragsteller und den Personen, die Einwendungen erhoben haben, erörtert werden, durchgeführt wird.

Bei der Ermessensentscheidung werden auch geltende Beschränkungen aufgrund der COVID-19-Pandemie und das Risiko der weiteren Ausbreitung des Virus berücksichtigt.

Die Entscheidung, ob der Erörterungstermin durchgeführt wird, sowie ggf. Informationen über den Ort und die Uhrzeit werden zu gegebener Zeit öffentlich bekannt gemacht.

5. Die Einwendungen werden dem Antragsteller und den beteiligten Behörden, die in ihrem Aufgabenbereich berührt sind, bekannt gegeben. Einwender können verlangen, dass Name und Anschrift vor der Bekanntgabe an den Antragsteller unkenntlich gemacht werden, wenn diese Angaben zur ordnungsgemäßen Durchführung des Genehmigungsverfahrens nicht erforderlich sind.
6. Die Zustellung des Genehmigungsbescheids an die Personen, die Einwendungen erhoben haben, kann durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden.

Koblenz, den 22. Februar 2022

Struktur- und
Genehmigungsdirektion Nord
Im Auftrag
Nina Dietrich

1016.

**Bekanntmachung der Entscheidung
des Oberverwaltungsgerichts
Rheinland-Pfalz vom 29. September 2020
im Normenkontrollverfahren
zur Rechtsverordnung über die
Festsetzung des Wasserschutzgebietes
„Koblenz-Urmitz“ in den Gemarkungen
Kesselheim, Bubenheim, Neuendorf,
Wallerheim und Metternich, Stadt Koblenz
sowie St. Sebastian, Kaltenengers und
Urmitz, Verbandsgemeinde Weißenthurm/
Landkreis Mayen-Koblenz
zugunsten des RheinHunsrück
Wasser Zweckverbandes,
Gallscheider Straße 1, 56281 Dörth und der
Wasserwerk Koblenz/Weißenthurm GmbH,
Peter-Altmeier-Ufer 50, 56068 Koblenz
vom 18. März 2019**

Gemäß § 47 Abs. 5 Satz 2 der Verwaltungsgerichtsordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. März 1991 (BGBl. I S. 686), die zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 8. Oktober 2021 (BGBl. I S. 4650) geändert worden ist, wird die nachstehende Entscheidungsformel aus dem Urteil des Oberverwaltungsgerichts Rheinland-Pfalz vom 29. September 2020 - 1 C 10840/19.OVG - veröffentlicht:

§ 3 Nr. IIIA 7 der Rechtsverordnung über die Festsetzung des Wasserschutzgebietes „Koblenz-Urmitz“ vom 18. März 2019 wird für unwirksam erklärt, soweit von dem darin geregelten Verbot der Errichtung, Erweiterung oder wesentlichen Änderung von oberirdischen Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen der Gefährdungsstufe D nach Anlagenverordnung in Buchst. a) eine Ausnahme vorgesehen ist.

§ 3 Nr. IIIB 20 der Rechtsverordnung über die Festsetzung des Wasserschutzgebietes „Koblenz-Urmitz“ vom 18. März 2019 wird für unwirksam erklärt, soweit von dem darin geregelten Verbot der Errichtung, Erweiterung oder wesentlichen Änderung von unterirdischen Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen einschließlich Rohrleitungen der Gefährdungsstufen C und D nach Anlagenverordnung in Buchst. a) und b) für die Zone IIIA Ausnahmen vorgesehen sind.

Im Übrigen wird der Antrag abgelehnt.

Koblenz, den 22. Februar 2022

Struktur- und
Genehmigungsdirektion Nord
In Vertretung
Joachim Gerke

Struktur- und Genehmigungsdirektion Süd

1017.

**Rechtsverordnung
über die Festsetzung
eines Wasserschutzgebietes
in der kreisfreien Stadt
Neustadt an der Weinstraße
zugunsten der
Stadtwerke Neustadt an der Weinstraße
GmbH
Schlachthofstraße 60
67433 Neustadt an der Weinstraße**

Nach § 51 des Gesetzes zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz - WHG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585), zuletzt geän-

dert durch Art. 2 des Gesetzes vom 18. August 2021 (BGBl. I S. 3901), und der §§ 54, 111, 113 und 92 Abs. 2 des Wassergesetzes für das Land Rheinland-Pfalz (Landeswassergesetz - LWG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 2015 (GVBl. Seite 127), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 28. September 2021 (GVBl. S. 543) wird durch die Struktur- und Genehmigungsdirektion Süd als zuständige obere Wasserbehörde verordnet:

§ 1

Zweck und Einteilung

(1) Im Interesse der öffentlichen Wasserversorgung, welche die Stadtwerke Neustadt an der Weinstraße GmbH für ihren Versorgungsbereich sicherzustellen hat, wird für die hierzu dienenden Wassergewinnungsanlagen in der Stadt Neustadt an der Weinstraße, bestehend aus den Tiefbrunnen 1 bis 9 Ordenswald, das nachstehend beschriebene Wasserschutzgebiet festgesetzt.

(2) Das Wasserschutzgebiet wird in folgende

Zonen eingeteilt:

Fassungsbereich (Zone I),

keine engere Schutzzone II,

weitere Schutzzonen (Zone IIIA und IIIB),

die im Lageplan Maßstab 1 : 25.000 als Bestandteil der Rechtsverordnung wie folgt dargestellt sind:

Blaue Umrandung - Zone I
Rote Umrandung - Zone IIIA
Orangefarbene Umrandung - Zone IIIB

§ 2

Umfang und Beschreibung

(1) Das Wasserschutzgebiet liegt auf den Gemarkungen Mußbach, Neustadt, Hambach, Diedesfeld und Lachen-Speyerdorf der Stadt Neustadt an der Weinstraße.

(2) Die Fassungsbereiche (Zone I) haben eine Größe von insgesamt 0,4 ha und erstrecken sich auf die Bereiche der neun Brunnenanlagen:

Bezeichnung der Quelle	Gemarkung	Flurstück-Nr.	Rechtswert	Hochwert
Tiefbrunnen 1	Lachen-Speyerdorf	8605/3	441 928	5 466 564
Tiefbrunnen 2	Mußbach	7701/4	441 950	5 467 270
Tiefbrunnen 3	Mußbach	7701/9	442 227	5 467 493
Tiefbrunnen 4	Mußbach	7701/4	442 012	5 467 289
Tiefbrunnen 5	Mußbach	7701/12	442 413	5 467 123
Tiefbrunnen 6	Mußbach	7701/2	442 332	5 466 759
Tiefbrunnen 7	Lachen-Speyerdorf	10155	442 306	5 466 125
Tiefbrunnen 8	Lachen-Speyerdorf	10291	442 251	5 466 436
Tiefbrunnen 9	Mußbach	7701/10	442 034	5 467 643

(3) Die weitere Schutzzone IIIA hat eine Größe von ca. 709 ha.

(4) Die weitere Schutzzone IIIB hat eine Größe von ca. 586 ha.

(5) Die genaue Lage des Wasserschutzgebietes und der Zonen ergibt sich aus den Karten, die Bestandteil der Rechtsverordnung sind.

§ 3

Hinweise

(1) Eine Ausfertigung der Rechtsverordnung und das mit dem Festsetzungsvermerk versehene, als Bestandteil dieser Rechtsverordnung geltende Kartenmaterial, werden zu jedermanns Einsicht während der Dienststunden bei der

Struktur- und Genehmigungsdirektion Süd, Zentralreferat Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft und Bodenschutz - Obere Wasserbehörde - Friedrich-Ebert-Straße 14 67433 Neustadt an der Weinstraße archivmäßig aufbewahrt.

Ferner wird darauf hingewiesen, dass die betroffenen Flurstücke im Liegenschaftskataster gekennzeichnet sind.

(2) Für Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen sind - ungeachtet weitergehender Regelung nach dieser Rechtsverordnung - die Vorschriften der §§ 48, 62, 63 WHG und § 65 LWG i.V.m. der jeweils gültigen Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen (AwSV) zu beachten.

(3) Für das Befördern wassergefährdender

Stoffe mittels ortsfester Anlagen (Rohrleitungsanlagen) sind die Verordnung über Rohrfernleitungsanlagen und die hierfür einschlägigen Bestimmungen des Wasserhaushaltsgesetzes und des Landeswassergesetzes verbindlich.

(4) Für das Aufbringen von Klärschlamm ist - ungeachtet weitergehender Regelungen nach dieser Rechtsverordnung - die jeweils gültige Klärschlammverordnung (AbfKlärV) zu beachten.

(5) Für die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln sind - ungeachtet weitergehender Regelungen nach dieser Rechtsverordnung - die Vorschriften der jeweils gültigen Verordnung über Anwendungsverbote und -beschränkungen für Pflanzenschutzmittel (Pflanzenschutz-Anwendungsverordnung) zu beachten.

(6) Für die Anwendung von Düngemitteln sind - ungeachtet weitergehender Regelungen nach dieser Rechtsverordnung - die Vorschriften des Düngegesetzes, der Düngeverordnung und der Düngemittelverordnung in der gültigen Fassung zu beachten.

(7) Für Übungen und Anlagen der Streitkräfte in Wasserschutzgebieten ist das Merkblatt „Militärische Übungen und Liegenschaften der Streitkräfte in Wasserschutzgebieten“ in der jeweils geltenden Fassung zu beachten.

(8) Das Wasserversorgungsunternehmen soll mindestens die zur Zone I gehörenden Flächen als Eigentum erwerben oder an diesen Flächen eine beschränkte Dienstbarkeit bestellen.

§ 4

Schutzbestimmungen / Verbote

(1) Im Bereich des Wasserschutzgebietes sind alle die Wasserversorgung gefährdenden Handlungen untersagt.

(2) Schutz des Fassungsbereiches (Zone I)

Der Fassungsbereich (Zone I) soll den Schutz der unmittelbaren Umgebung der Fassungsanlage vor Verunreinigungen und sonstigen Beeinträchtigungen gewährleisten.

Im Fassungsbereich (Zone I) sind insbesondere verboten:

1. Die für die Zonen III A und III B genannten Einrichtungen, Handlungen und Vorgänge
2. Fahr- und Fußgängerverkehr
3. jede land- und forstwirtschaftliche sowie gärtnerische Nutzung (keine Anwendung chemischer Mittel für Pflanzenschutz, für Aufwuchs- und Schädlingsbekämpfung sowie zur Wachstumsregulierung).

(3) Schutz der Weiteren Schutzzone (Zone III)

Die weitere Schutzzonen (Schutzzone III A und III B) sollen den Schutz vor weitreichenden Beeinträchtigungen, insbesondere vor nicht oder schwer abbaubaren chemischen und vor radioaktiven Verunreinigungen gewährleisten.

a) In der Weiteren Schutzzone (**Schutzzone III A**) sind insbesondere verboten:

1. Die für die Zone III B genannten Einrichtungen, Handlungen und Vorgänge

Industrie und Gewerbe

2. Ausweisung neuer Industriegebiete
3. Errichten, Erweitern und Betrieb von Industrieanlagen, in denen in besonders großem Umfang mit wassergefährdenden Stoffen umgegangen wird (z. B. Raffinerien, Metallhütten, chemische Fabriken)
4. Errichten, Erweitern und Betrieb von Anlagen zum Umgang und zur Lagerung wassergefährdender Stoffe (ausgenommen Kleinmengen für den Haus- und landwirtschaftlichen Gebrauch, Lagerung von Heizöl für den Hausgebrauch und von Dieselmotortreibstoff für landwirtschaftliche Betriebe)
5. Errichten, Erweitern und Betrieb von Rohrleitungsanlagen zum Befördern wassergefährdender Stoffe
6. Umgang mit radioaktiven Stoffen im Sinne des Atomgesetzes und der Strahlenschutzverordnung, ausgenommen für Mess-, Prüf- und Regeltechnik

Abwasserbeseitigung und Abwasseranlagen

7. Kanalisation (ausgenommen bei besonderen Anforderungen an ihre Dichtigkeit und deren Überprüfung in angemessenen Zeitabständen) einschließlich Regenüberlauf- und Regenklärbecken sowie zentrale Kläranlagen, sofern diese nicht in angemessenen Zeitabständen durch Inspektion auf Schäden überprüft werden (Näheres regelt ATV-DVWK-A 142, ATV-DVWK-M 146)
8. Abwassereinleitung in den Untergrund einschließlich Abwasserversickerung, -verrieselung und -verregung (ausgenommen nicht schädlich verunreinigtes Niederschlagswasser, welches breitflächig über die belebte Bodenzone versickert wird und Ab-

wasser aus Kleinkläranlagen für Einzelanwesen DIN 4261, DWA-A 138)

9. Einleiten von gesammeltem Niederschlagswasser von Verkehrsanlagen in den Untergrund, ausgenommen Entwässerung über Böschungen und großflächige Versickerung von gering verschmutztem Niederschlagswasser über die belebte Bodenzone
10. Einleitung von Abwasser (ausgenommen behandeltes Niederschlagswasser) in ein oberirdisches Gewässer, sofern das Gewässer anschließend die Zone II durchfließt

Abfallentsorgung

11. Ablagerung und Einbau von Abfällen, die die Anforderungen einer schadloßen Verwertung nicht erfüllen
12. Verwenden von Materialien beim Bau von Verkehrsanlagen, die den wasserwirtschaftlichen Anforderungen an ihre Schadloosigkeit nicht genügen (Näheres regeln die „Richtlinien für bautechnische Maßnahmen an Straßen in Wasserschutzgebieten“)
13. Errichten, Erweitern und Betrieb von Anlagen zur Behandlung, Lagerung und Ablagerung von Abfällen, Reststoffen und bergbaulichen Rückständen

Siedlung und Verkehr

14. Verletzen der grundwasserüberdeckenden Schichten (ausgenommen Verlegung von Drainagen, Ver- und Entsorgungsleitungen/einschließlich Beregnungsleitungen sowie Baugruben)
15. Erdaufschlüsse durch die die Grundwasserüberdeckung wesentlich vermindert wird, vor allem wenn das Grundwasser ständig oder zu Zeiten hoher Grundwasserstände aufgedeckt oder eine reinigende Schicht freigelegt wird und keine ausreichende und dauerhafte Sicherung zum Schutz des Grundwassers vorgenommen werden kann
16. Gewässer Ausbau und -neubau sowie Hochwasserretentionsflächen (ausgenommen zur Verbesserung des Grundwasserschutzes und soweit nicht grundwassergefährdend)
17. Neu-, Um- und Ausbau von Straßen mit Ausnahme von Feld- und Waldwegen; ausgenommen die Maßnahme erfolgt unter Beachtung der Richtlinien für bautechnische Maßnahmen an Straßen in Wasserschutzgebieten (RiStWag)
18. Neu-, Um- und Ausbau von Gleisanlagen des schienengebundenen Verkehrs
19. Anlegen, Erweitern und Betrieb von Flugplätzen, einschließlich Sicherheitsflächen, Notabwurfplätze
20. Anwendung von Pflanzenschutzmitteln auf Freiflächen und zur Unterhaltung von Verkehrswegen, sofern sie nicht grundwasserschonend betrieben wird (Pflanzenschutz-Anwendungsverordnung in der jeweils gültigen Fassung)

Eingriffe in den Untergrund

21. Gewinnen von Rohstoffen und sonstige Abgrabungen mit Freilegungen des Grundwassers
22. Gewinnen von Rohstoffen und sonstige Abgrabungen ohne Freilegungen des Grundwassers

23. Errichten, Erweitern und Betrieb von Tunnel- und Stollenbauten sowie Kavernen und Untertagebau

Landwirtschaftliche, forstwirtschaftliche und gärtnerische Nutzung

24. Lagern von Wirtschaftsdüngern (Gülle, Jauche, Festmist) sowie von fließfähigem Mineraldünger außerhalb dauerhaft dichter Anlagen; Gärfuttermieten (Feldsilage), ausgenommen Foliensilos auf dichter Bodenplatte bzw. Bodenabdeckung mit Auffangbehälter
25. Tierbesatz mit grundwassergefährdenden Konzentrationen von Tieren auf unbefestigten Flächen, bezogen auf den Betrieb und/oder auf die für die Ausbringung des Wirtschaftsdüngers verfügbare landwirtschaftliche Fläche
26. Beweidung, wenn dadurch die Geschlossenheit der Grasnarbe nachhaltig beschädigt wird sowie durch Harn und Kot Gefahr für das Grundwasser zu befürchten ist. Nachhaltig geschädigt ist eine Grasnarbe dann, wenn sie in der jeweiligen Vegetationsperiode nur durch eine Neuaussaat wieder hergestellt werden kann.
27. Umbruch von Dauergrünland, ausgenommen mit Genehmigung der oberen Wasserbehörde
28. - Kahlschläge größer 0,5 ha
- Erstaufforstung und Waldrodung, ausgenommen Maßnahmen, für die eine Genehmigung nach dem Landeswaldgesetz im Einvernehmen mit der oberen Wasserbehörde erlangt ist
29. Nassholzkonservierung, Wertholzlagerplätze
30. Errichten und Erweitern von Kleingartenanlagen,

Sonstige Nutzungen

31. Großveranstaltungen
32. Übungen außerhalb von Standort- und militärischen Truppenübungsplätzen sowie Übungen des Zivilschutzes [vgl. DVGW W 106 (M)]
33. Anlegen, Erweitern und Betrieb von Standort- und Truppenübungsplätzen [vgl. DVGW W 106 (M)]
34. Betreiben von Schießständen oder Schießplätzen (ausgenommen Schießstände in geschlossenen Räumen)
35. Errichten, Erweitern und Betrieb von Fischteichen
36. Motorsportveranstaltungen und -anlagen
37. Neuanlage von Friedhöfen, sofern davon eine Grundwassergefährdung ausgeht

- b) In der Weiteren Schutzzone (**Schutzzone III B**) sind insbesondere verboten:

Eingriffe in den Untergrund

1. Bohrungen in den unteren Grundwasserleiter, ausgenommen solche, die zur Sicherung der öffentlichen Wasserversorgung dienen

Landwirtschaftliche, forstwirtschaftliche und gärtnerische Nutzung

2. Düngung, die nicht der guten fachlichen Praxis entspricht (vgl. Regelungen der Düngeverordnung)
3. Landwirtschaftliche Beregnung, sofern dabei die nutzbare Feldkapazität überschritten wird (ausgenommen Frostschutzberegnung)

tät überschritten wird (ausgenommen Frostschutzberegnung)

4. Anwenden von Pflanzenschutzmitteln, die gemäß Pflanzenschutzanwendungsverordnung in der jeweils gültigen Fassung in Wasserschutz- und Heilquellenschutzgebieten nicht angewendet werden dürfen

§ 5

Ausnahmen, Befreiungen

(1) Die zuständige obere Wasserbehörde kann unter den Voraussetzungen des § 52 Abs. 1 WHG im Einzelfall auf Antrag von den Verboten und Beschränkungen des § 4, den Duldungspflichten des § 6 und den Handlungspflichten des § 7 Befreiungen gewähren.

(2) Die Befreiung ist widerruflich; sie kann mit Bedingungen und Auflagen verbunden werden und bedarf der Schriftform.

(3) Im Falle des Widerrufs kann die zuständige Behörde von dem durch die Ausnahme Begünstigten oder vom Grundstückseigentümer verlangen, dass der frühere Zustand wieder hergestellt wird, sofern es das Wohl der Allgemeinheit, insbesondere der Schutz der Wasserversorgung, erfordert.

(4) Die Verbote des § 4 gelten nicht:

1. für Maßnahmen, die zur Sicherstellung und Aufrechterhaltung der Wasserversorgung seitens des Wasserversorgungsunternehmens notwendig sind und unter Beachtung der jeweils gebotenen besonderen Vorschrift durchgeführt werden. Solche Maßnahmen sind der zuständigen oberen Wasserbehörde rechtzeitig vor der Durchführung anzuzeigen.
2. Für das Errichten und Betreiben von Anlagen, die bereits vor Inkrafttreten dieser Verordnung rechtmäßig zugelassen, errichtet oder betrieben wurden. Für den Betrieb rechtmäßig zugelassener Anlagen gilt dies nur dann, wenn der Betrieb innerhalb der Zulassung erfolgt. Die Betreiber sind verpflichtet, das Bestehen von Anlagen nach Satz 1 der zuständigen oberen Wasserbehörde bis spätestens 6 Monate nach Inkrafttreten dieser Verordnung anzuzeigen. Die Berechtigung der zuständigen oberen Wasserbehörde zum Schutze der öffentlichen Wasserversorgung vor nachteiligen Einwirkungen, Auflagen, Bedingungen oder sonstige Anforderungen zu stellen, soweit das Wohl der Allgemeinheit dies erfordert, bleibt unberührt.

(5) Handlungen, die einer wasserrechtlichen Erlaubnis, Bewilligung oder Genehmigung, einer gewerblichen, abfallrechtlichen, baurechtlichen, verkehrsrechtlichen, bahrechtlichen, immissionsschutzrechtlichen, gefährstoffrechtlichen, forstrechtlichen oder landespflegerischen Genehmigung bedürfen oder aufgrund eines bergbehördlich geprüften Betriebsplanes oder durch bergrechtliche Erlaubnis oder Bewilligung zugelassen werden, bedürfen keiner gesonderten Ausnahme genehmigung / Befreiung nach dieser Verordnung.

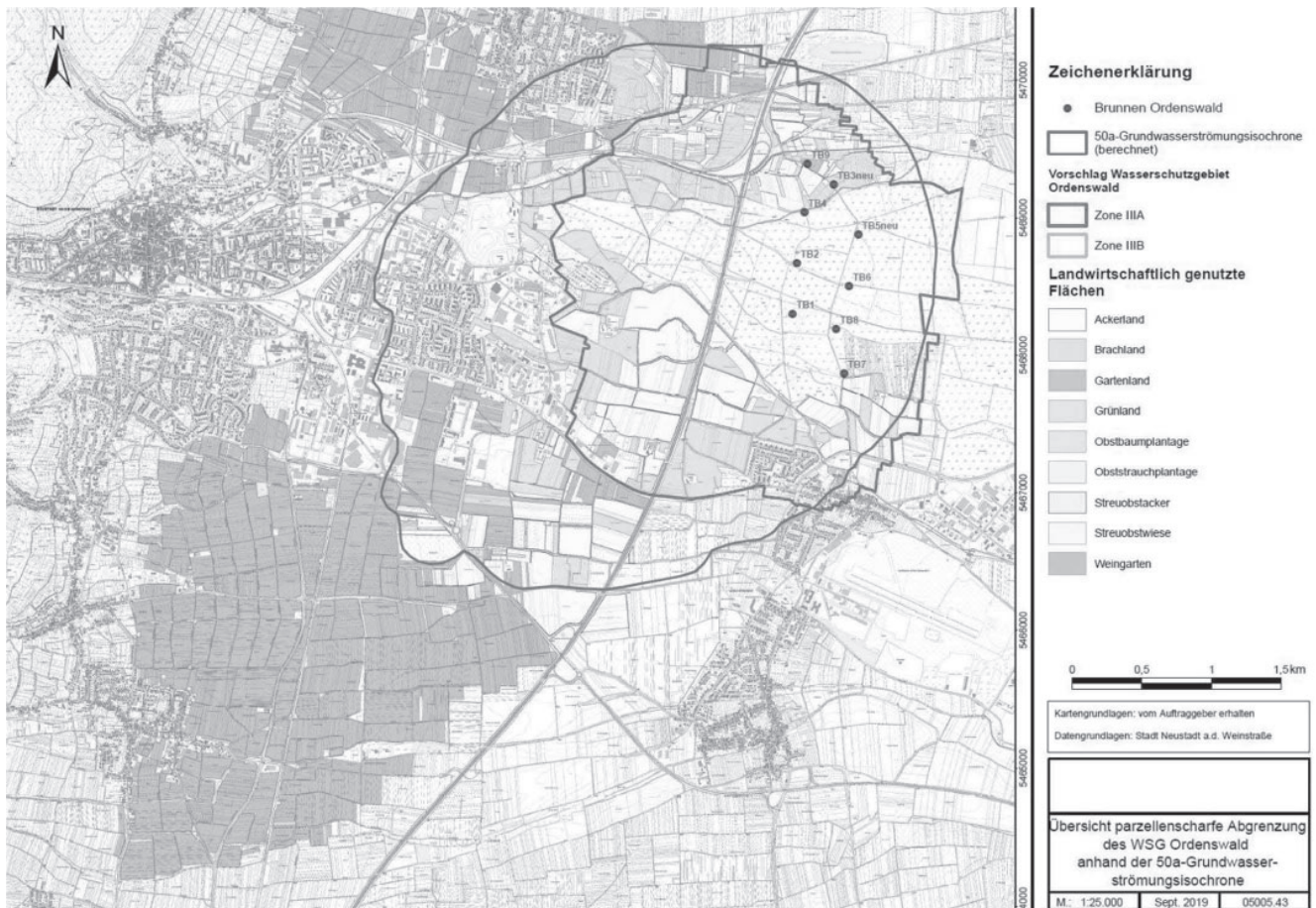
Für Planfeststellungsverfahren gelten ausnahmslos die einschlägigen Bestimmungen der Verwaltungsverfahrensgesetze.

Entscheidet in den vorgenannten Fällen die obere Wasserbehörde nicht selbst, ist ihr Einvernehmen erforderlich.

§ 6

Duldungspflichten/Bestandsschutz

(1) Die Eigentümer und Nutzungsberechtigten von Grundstücken innerhalb des Wasserschutzgebietes haben die Beseitigung oder Änderung von Einrichtungen, die im Zeit-



Karte aus drucktechnischen Gründen unmaßstäblich verkleinert

punkt des Inkrafttretens dieser Verordnung bestehen und deren Bestand oder Betrieb unter die Verbote des § 4 fallen, auf Anordnung der zuständigen oberen Wasserbehörde zu dulden, sofern sie nicht schon nach anderen Rechtsvorschriften verpflichtet sind, die Einrichtungen zu beseitigen oder zu ändern.

(2) Anlagen und sonstige Einrichtungen, die im Zeitpunkt des Inkrafttretens der Rechtsverordnung rechtmäßig bestehen und die nach Maßgabe des sonstigen öffentlichen Rechts in Bestand und Betrieb geschützt sind, genießen Bestandsschutz.

(3) Die Eigentümer und Nutzungsberechtigten von Grundstücken innerhalb des Wasserschutzgebietes sind verpflichtet zu dulden, dass Beauftragte des Wasserversorgungsunternehmens bzw. der zuständigen staatlichen Behörden, nach vorheriger rechtzeitiger Ankündigung,

1. die Grundstücke zur Beobachtung des Wassers und des Bodens betreten
2. Beobachtungsstellen einrichten
3. Hinweisschilder zur Kennzeichnung des Wasserschutzgebietes aufstellen

§ 7

Handlungspflichten

Dem Wasserversorgungsunternehmen wird bei Bedarf auferlegt:

Den Boden innerhalb des Schutzgebietes, auf den für das Grundwasser relevanten Schadstoffeintrag zu untersuchen oder untersuchen zu lassen und die Ergebnisse der Untersuchung und mindestens jährlich einmal der Struktur- und Genehmigungsdirektion Süd

Neustadt an der Weinstraße als obere Wasserbehörde vorzulegen.

§ 8

Begünstigte

Begünstigte durch die Festsetzung des Wasserschutzgebietes ist die Stadtwerke Neustadt an der Weinstraße GmbH, Schlachthofstraße 60, 67433 Neustadt an der Weinstraße.

§ 9

Entschädigung, Ausgleich

Anträge auf Entschädigungsleistungen nach § 52 Abs. 4 WHG oder Ausgleichsleistungen nach § 52 Abs. 5 WHG sind an die Begünstigte zu richten.

Kommt eine gütliche Einigung nicht zustande, so entscheidet auf Antrag eines Beteiligten die Struktur- und Genehmigungsdirektion Süd über die Festsetzung der Entschädigungs- oder Ausgleichsleistung.

§ 10

Ordnungswidrigkeiten

(1) Ordnungswidrig im Sinne von § 103 Abs. 1 Nr. 8 WHG handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig

1. einem Verbot nach § 4 - soweit dieses sich als Handlung darstellt - zuwiderhandelt;
 2. eine nach § 5 ausnahmsweise zugelassene Handlung vornimmt, ohne die mit der Ausnahme verbundenen Bedingungen oder Auflagen zu befolgen;
 3. Handlungspflichten nach § 7 nicht erfüllt.
- (2) Eine Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu 50.000 Euro geahndet werden (§ 103 Abs. 2 WHG).

§ 11

Inkrafttreten

Die Rechtsverordnung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung im Staatsanzeiger für Rheinland-Pfalz in Kraft.

Neustadt an der Weinstraße,
den 4. März 2022

- 312-311 Neustadt/14 -

Struktur- und
Genehmigungsdirektion Süd
Im Auftrag
Manfred Schanzenbacher

Sonstige Veröffentlichungen

1018.

Auflösung des Vereins Behinderten Sportgruppe Daun e. V.

Der Verein ist aufgelöst. Gläubiger werden aufgefordert, sich bei diesem zu melden. Die Liquidatoren sind: Jürgen Bell, Gartenstraße 28a, 54550 Daun; Hans Rößler, Goldammerweg 24, 54550 Daun.

Daun, den 25. Februar 2022

Die Liquidatoren

1019.

Auflösung des Vereins „Initiative Sauerthal“ VR 30520

Der Verein „Initiative Sauerthal“ VR 30520 ist aufgelöst. Seine Gläubiger werden aufgefor-